

Nie wieder kriegstüchtig!

Kriege beenden – Aufrüstung stoppen – Verhandeln statt Eskalieren



*Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.*

Bertold Brecht „Das Gedächtnis der Menschheit

Gaza verhungert, der Nahe Osten droht zu explodieren, die Eskalationsgefahr im Ukrainekrieg ist nicht gebannt und die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen erhöht die Gefahr eines Atomkrieges weiter.

86 Jahre nachdem der deutsche Faschismus den Zweiten Weltkrieg entfesselte, ist es dringender denn je, an die daraus folgende besondere Verantwortung Deutschlands für den Frieden zu erinnern und sich gegen den aktuellen Hochrüstungskurs und das Streben nach „Kriegstüchtigkeit“ zu stellen.

Statt Waffen zur Befeuerung des Krieges in der Ukraine und zur Unterstützung der Völkerrechtsverbrechen Israels zu liefern, muss Berlin sich endlich für Waffenruhen und Verhandlungen einsetzen.

Am **1. September 1939** begann Deutschland mit dem **Überfall auf Polen** den **Zweiten Weltkrieg**. Friedensbewegung und Gewerkschaften erinnern an diesem Gedenktag jedes Jahr an diesen furchtbaren Krieg und an die in ganz Europa begangenen Verbrechen: an faschistische Gewalt, Massaker, Verschleppung, Zwangsarbeit, Völkermord an Juden, Sinti und Roma und an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Das darf nie vergessen werden!

Aus seiner furchtbaren Geschichte ergibt sich für das Nachkriegsdeutschland eine ganz besondere Verantwortung für den Frieden. Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen.

Doch 86 Jahren nach Entfesselung des verheerendsten Krieges in der Geschichte, sollen wir erneut „kriegstüchtig“ gemacht werden, sollen wir massive Aufrüstung auf Kosten von Sozialausgaben, also „Kanonen statt Butter“ und die wachsende Gefahr eines großen, möglicherweise nuklearen Krieges in Europa akzeptieren.

Deutschland rüstet in rasantem Tempo auf – nicht, um sich zu verteidigen, sondern um wirtschaftliche und strategische Interessen militärisch abzusichern. Die deutschen Militärausgaben waren bereits 2024 auf rund 84 Mrd. hochgetrieben worden, doppelt so viel wie 2018 und fast ein Fünftel des Bundeshaushalts. Deutschland stieg damit zum

Land mit dem viertgrößten Rüstungsetat auf. In einem dreisten Coup setzten CDU/CSU, SPD und GRÜNE eine Grundgesetzänderung durch, die den Weg zu unbegrenzten Ausgaben für Rüstung und Krieg frei machen. Im Juni stimmte Berlin dem NATO-Ziel zu, irrwitzige 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben. Das wären in Deutschland über 220 Mrd. Euro, fast die Hälfte des jetzigen Staatshaushalts!

Wer bedroht hier wen?

Während die NATO-Staaten im letzten Jahr 1,5 Billionen Dollar für Rüstung ausgaben, beliefen sich die Ausgaben Russlands auf 150 Milliarden. Allein die europäischen NATO-Staaten geben mehr Geld für Rüstung aus und sind Russland in allen Waffengattungen – außer Atomwaffen – deutlich überlegen. Mit Lücken bei der Verteidigungsfähigkeit hat die exorbitante Hochrüstung Deutschlands und seiner Verbündeter offensichtlich nichts zu tun.

Die Kriegsvorbereitung nimmt Fahrt auf: Schulen und Hochschulen, Gesundheits- und Bildungswesen sollen „kriegstüchtig“, die Jugend wieder zum Kriegsdienst gezwungen werden. Alle Bereiche sollen von der Militarisierung durchdrungen werden. Straßen, Brücken und Schienenwege sollen für schnelle Transport von Truppen und Kriegsgerät von West nach Ost hergerichtet werden. Hunderte Milliarden Euro sollen für Panzer und Fregatten,

Drohnen und Raketen, sowie für atomwaffenfähige Flugzeuge ausgegeben werden. Bei den Rüstungskonzernen knallen fast täglich die Sektkorken, der militärisch-industrielle Komplex triumphiert.

Wer bezahlt?

Kein Geld hingegen bleibt dadurch z.B. für eine Kindergrundsicherung, für armutsfeste Renten, für Entlastungen von hohen Energiekosten, für die maroden Schulen und für vor der Schließung stehenden Krankenhäuser. Der Sozialstaat soll weiter abgebaut werden.

Der Nahe Osten brennt

Seit bald zwei Jahren führt Israel einen völkermörderischen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Über 60.000 Menschen starben im Bombenhagel, weitere an Hunger und fehlender medizinischer Versorgung. Die israelische Regierung plant offen die völlige Entvölkerung des Gazastreifens – durch Massaker, Zerstörungen und Aushungern der Bevölkerung. Gleichzeitig intensivierten sie auch den Landraub im illegal besetzten Westjordanland. Die völkerrechtswidrigen Angriffe auf Iran, Libanon und Syrien zeigen, dass die israelische Regierung bereit ist, für ihr Ziel eines Groß-Israel den gesamten Nahen Osten in Flammen zu setzen. Ungeachtet dessen rechtfertigt die Bundesregierung ihre militärische Unterstützung für Israel mit dem Verweis auf die sogenannte „Staatsräson“.

Deutsch-israelische Zusammenarbeit

Die deutsche Unterstützung für Israel dient seit jeher in erster Linie den politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der herrschenden Kreise in Deutschland. Regierung und Konzerne wollen von den

Kriegserfahrungen Israels profitieren und planen, die Zusammenarbeit im Bereich Rüstung und militärischer Forschung auszubauen. Deutsche Firmen und die Bundeswehr sollen mit israelischer Hilfe kriegstüchtiger werden.

Auch bei der militärischen Unterstützung für die Ukraine geht es nicht um Solidarität oder die Verteidigung des Völkerrechts, auch wenn der russische Einmarsch selbstverständlich dagegen verstieß. In erster Linie geht es um geopolitische Machtinteressen. So entwickelte sich ein Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland, der rücksichtslos auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung ausgetragen wird. Tag für Tag wächst die Zerstörung, sterben Menschen. Umso dringlicher ist es, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um diesem Krieg mit politischen Mitteln ein Ende zu setzen.

Nach wie vor sehen Experten in der militärischen Konfrontation zwischen Russland und der NATO, die reale Gefahr einer nuklearen Eskalation, die durch die Lieferungen weitreichender Waffen oder Großmanöver in der Ostsee und an den russischen Grenzen weiter erhöht wird.

Die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland wird die Eskalationsgefahr ebenfalls steigern. Diese Raketen, die auch atomar bestückt werden können, erreichen Moskau in nur wenigen Minuten. Sicherheit schaffen sie nicht – im Gegenteil: Sie erhöhen die Gefahr, dass sich Russland angesichts dieser Bedrohung zu einem Präventivschlag gezwungen sieht. Stationierungsorte und Kommandozentralen in Deutschland – in Wiesbaden, Ramstein und Stuttgart – werden dann zu vorrangigen Zielen.

In Erinnerung an die deutsche Verantwortung aus dem Zweiten Weltkrieg fordern wir von Berlin:

- Stopp von Waffenlieferungen und ernsthaftes Engagement für Waffenruhen und Verhandlungen in den Kriegen in der Ukraine und in Palästina!
- Unterstützung der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels einstellen!
- Schluss mit der Hochrüstung! Keine weiteren Milliarden fürs Militär, sondern Abrüstung und Investition in Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima- und Katastrophenschutz!
- Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. – Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer.
- Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen!
- Atomwaffen aus Deutschland abziehen! „Nukleare Teilhabe“ beenden!
Unterzeichnung des Atomwaffenverbots-Vertrags
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen statt der bei uns Zuflucht suchenden Menschen.

Friedensbündnis Heidelberg

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!

KUNDGEBUNG: 1. SEPT. 2025
18.00 UHR | HAUPTSTR./THEATERSTR., HEIDELBERG

Infos und Kontakt • www.friedensbueundnis-heidelberg.de